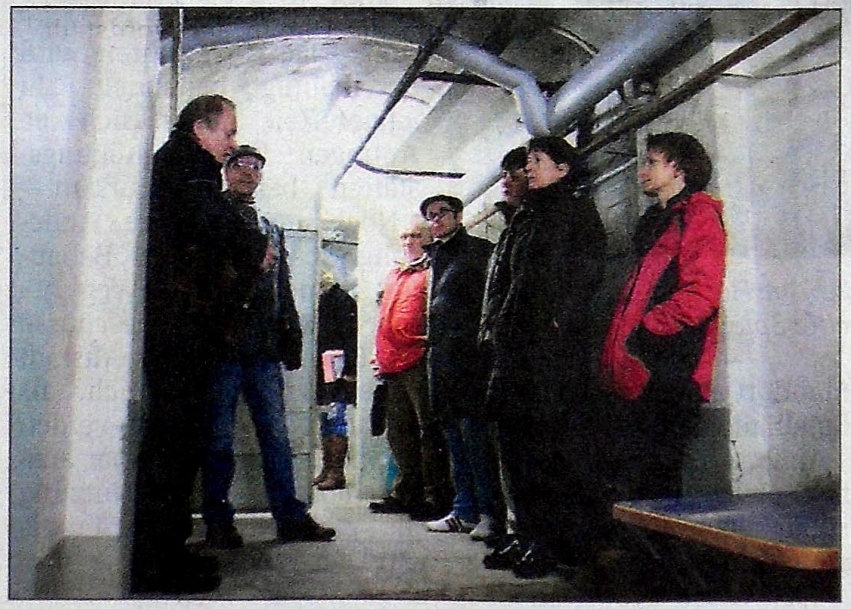
Stadtgeld für Gedenkzellen

Kulturausschuss empfiehlt 10 000 Euro – gegen die Stimmen der CDU. Fröhling distanziert sich von Schwarzkopf, Dezernent Theissen von Dzewas

Von Thomas Hagemann

LÜDENSCHEID ▪ Der Verein „Ge-Denk-Zellen" soll, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, von der Stadt bis zu 10 000 Euro für Umbauten für Sicherheitsmaßnahmen in den früheren Arrestzellen des Alten Rathauses erhalten. Das empfahl der Kulturausschuss gestern nach langer Debatte, in der überwiegend bekannte Positionen (die LN berichteten) ausgetauscht wurden. Nur die fünf CDU-Mitglieder stimmten erwartungsgemäß dagegen.

Die Sitzung brachte allerdings auch zutage, für welche Verwerfungen das Thema hinter den Kulissen gesorgt hat. Zunächst sah sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Oliver Fröhling von SPD-Ausschussmitglied Fabian Ferber zu einer Distanzierung von Äußerungen des Lüdenscheider CDU-Parteivorsitzenden Ralf Schwarzkopf genötigt. Schwarzkopf hatte mit Blick auf den Verein von „penetrantem Betroffenheits- und Empörungsaktionismus" gesprochen. Fröhling, der zur Versachlichung der Debatte erstmals im Kulturausschuss erschienen war, hatte dies am Donnerstag als Reaktion auf provokante Äußerungen erklärt, mit denen der Verein versuche, die Union „in eine Ecke zu drängen", in die sie nicht gehöre. Die Union habe von Anfang an für eine Ausstellung in den Museen der Stadt plädiert. Nachdem der CDU-Fraktionschef auf erste Nachfragen Ferbers noch auf die klärende Wirkung überzeichnender Äußerungen verwiesen hatte, erklärte er auf weiteres Nachhaken, dass die umstrittenen Äußerungen Schwarzkopfs trotz gemeinsamer Einleitung der Erklärung nicht seine waren. Die seien in der jüngsten Stellungnahme nachzulesen. Im Übrigen sei es kein guter Stil, über Sätze von nicht Anwesenden zu debattieren. Ferber: „Aber das ist Ihr Parteivorsitzender", der im Übrigen in einem Mitglieder-Rundbrief zur Kulturpolitik für weitere Empörung gesorgt habe. (Bericht Lokalseite 3.)



Im Februar sahen sich Kulturausschuss-Mitglieder den Zellentrakt an. Jetzt empfahlen sie die Projektförderung. ▪ *Archiv*

Auf eine Anfrage des CDU-Ratsherrn Björn Weiß machte dann Kulturdezernent Wolff-Dieter Theissen deutlich, dass es zu den Gedenkzellen auch keine einheitliche Verwaltungsmeinung gibt. Weiß hatte gefragt, warum die ursprüngliche – und mehrfach vorgelegte – ablehnende Stellungnahme der Stadtverwaltung jetzt ohne Abstimmung durch den Dzewas-Vorschlag ersetzt worden sei. Daraufhin erklärte Theissen, er stehe weiter zu der alten Vorlage. Alle weitere Fragen seien an denjenigen zu richten, der den neuen Beschlussvorschlag unterschrieben habe.

Otto Bodenheimer (Grüne) rief die anwesenden Vereinsmitglieder dazu auf, mit einer stadtweiten Sammlung für Geld in der Kasse zu sorgen. Die Gewerkschaften hätten bereits den Anfang gemacht, und einer öffentliche Bitte um Spenden werde sicher zahlreich nachgekommen.

Nach langer Diskussion steht CDU mit der Ablehnung allein – Abend der Distanzierungen im Kulturausschuss

Grünes Licht für Arrestzellen im Alten Rathaus

Florian Hesse

Lüdenscheid. Der Initiativkreis für die Gedenkzellen im Alten Rathaus kann sich ans Spendensammeln machen.

Der Kulturausschuss hat sich gestern für das Projekt ausgesprochen und folgte damit der Verwaltungsvorlage, die einen städtischen Maximalzuschuss von 10 000 Euro für nötige bauliche Maßnahmen in Aussicht stellt.

Die Mehrheit dafür war dann doch breit: Einzig die CDU blieb gestern bei ihrer ablehnenden Haltung. Für das Gedenk-Projekt stimmten neben der Ampel-Koalition auch Lüdenscheider Liste und die Linke.

Vorangegangen war eine zum Teil zähe, aber unerwartet sachliche Diskussion, obwohl Grüne wie SPD mehrfach CDU-Fraktionschef Oliver Fröhling aufforderten, sich von den heiklen Äußerungen des Vorsitzenden der Ortsunion, Ralf Schwarzkopf, zu distanzieren. Der hatte von der „Penetranz des Betroffenheits- und Empörungsaktionismus“ gesprochen. „Ich kann nicht hier für Herrn Schwarzkopf sprechen, damit möchte ich es bewenden lassen“ – viel mehr wollte er in Abwesenheit des Zitierten dann auch nicht sagen.

Ebenfalls etwas Bedrängnis gebracht fand sich kurz darauf auch Kulturdezernent Wolff-Dieter Theissen. Fröhling hatte ihn an eine frühere Verwaltungsvorlage erinnert, die den Einsatz städtischer Mittel für die Gedenkzellen ausgeschlossen hatte. „Diese Meinung habe ich immer noch“, sagte Theissen, aber „der Bürgermeister hat inzwischen ein andere Auffassung.“ Und weil die Gedenkzellen am Montag noch einmal Thema für den Hauptausschuss sind, regte er an, dort den Bürgermeister direkt zu befragen.

Erwartungsgemäß erfolglos blieb aber das Bemühen seitens SPD und Grünen, beispielsweise der Ratsherren Otto Bodenheimer und Rolf Breucker, die CDU für das Vorhaben der Gedenkzellen ins Boot zu holen. Dafür waren die Fronten zu fest gefahren. Was auch daran liegt, „dass wir uns hier moralisch in eine Ecke gedrängt sehen“, so Fröhling.